



Kerstin Bernoth ist stellvertretende Leiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin.



Alexander Kriwoluzky ist Leiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin.

Der Kommentar gibt die Meinung der AutorInnen wieder.

K. BERNOTH UND A. KRIWOLUZKY

Preiskontrollen eignen sich nicht, um die Inflation zu bekämpfen

Hohe Energiepreise, Lieferengpässe und Corona lassen die Verbraucherpreise vielerorts in die Höhe schießen und versetzen Konsumentinnen und Konsumenten in Alarmstimmung. Mit der höheren Inflation kommt die Forderung auf, der Staat müsse nun endlich eingreifen. Er solle zum Beispiel Preissteigerungen verbieten oder Preise festsetzen. Eine staatliche Preiskontrolle hört sich erst einmal nach einem einfachen Mittel gegen weiter steigende Preise an. Doch ist der Staat überhaupt die richtige Adresse ist, um eine zu hohe Inflation zu bekämpfen?

Grundsätzlich gilt, was jeder schon im ersten VWL-Semester lernt: Bei einem vollkommenen Wettbewerb können Unternehmen ihre Preise nicht willkürlich nach oben setzen, sonst haut die Konkurrenz sie aus dem Feld. Sie sind „Preisnehmer“, der Preis ihrer Güter und Dienstleistungen entspricht ihren (marginalen) Produktionskosten. Eine Preisregulierung des Staates verringert demnach das Angebot, wenn die Einnahmen nicht mehr die Kosten der Herstellung decken. Die Folge sind leere Regale und ein unregulierter Schwarzmarkt – beides war in einem Teil Deutschlands bis 1990 bittere Realität. Warum wird dieser Vorschlag nun gerade wieder lebhaft diskutiert, wenn doch Theorie und erlebte Realität so übereinstimmen, wie sie es selten tun?

Es lohnt sich, den Vorschlag genauer anzuschauen. Ein Argument ist, dass eben nicht in allen Wirtschaftssektoren vollkommener Wettbewerb herrscht. In Märkten, in denen nur ein oder wenige große Anbieter vorhanden sind, können Unternehmen tatsächlich hohe Gewinne machen, indem sie ihre Marktmacht ausnutzen und Preise oberhalb ihrer (Grenz-)Kosten verlangen. Diese Situation besteht beispielsweise im Energiesektor, einem der Haupttreiber des aktuellen Inflationsanstiegs.

Ein weiteres Argument ist, dass mit Preisregulierung starke Preisschwankungen reduziert werden, wie sie bei wichtigen Baumaterialien und Vorprodukten für die Industrieproduktion zu beobachten sind. Preiskontrollen seien daher insbesondere bei wichtigen Rohstoffen attraktiv, die auf den internationalen Märkten stark schwanken. Dies erhöhe die Planungssicherheit bei Haushalten und Erzeugern.

Es gibt jedoch gute Einwände gegen staatliche Preiskontrolle. Zum einem ist es schwierig, die „richtige“ Höhe von Preisen vorzugeben. Hier besteht das Risiko, dass Fehler begangen werden, was dann zu einem geringeren Angebot und langfristig sogar zu höheren Preisen führt. Außerdem stellt sich die Frage, welche Preise kontrolliert werden sollten. Eine Festlegung auf politischer Ebene öffnet Korruption und Lobbyismus Tür und Tor. Im Falle des Energiemarktes könnten Preiskontrollen auch nur sehr schwer durchzusetzen sein. Energiepreise werden auf dem Weltmarkt bestimmt, auf den die nationalen und auch die EU-Behörden wenig Einfluss haben.

Und auch wenn Preiskontrollen in der besten Absicht eingeführt werden, bergen sie das Risiko, Wachstum und Fortschritt auszubremsen. Dies liegt unter anderem daran, dass Preisregulierungen den Konsum von nicht subventionierten Gütern auf subventionierte Güter verschieben. Außerdem können Preisobergrenzen die Gewinnspannen drücken und dadurch Investitionen und unternehmerische Aktivitäten hemmen.

Greift also der Staat mit Preiskontrollen ein, könnte er genau das Gegenteil dessen erreichen, was er eigentlich will. Stattdessen sollten andere Institutionen die Herausforderungen angehen. Da ist zum einem die Europäische Zentralbank, deren oberstes Ziel die Preisstabilität ist. Die Notenbank darf die Inflationserwartungen nicht aus dem Ruder laufen lassen. Um gegen Marktmacht und Missbrauch vorzugehen, hat sich die Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission unter Magrethe Vestager einen guten Ruf erworben. Die Wettbewerbskommissarin könnte, sollte eine der Ursachen der hohen Inflation wirklich Marktmacht sein, dieses Problem wesentlich effektiver angehen als jede andere Institution. Deswegen, Frau Lagarde und Frau Vestager, übernehmen Sie!

Dieser Beitrag ist am 26. Januar 2022 in einer längeren Fassung im IPG Journal erschienen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

89. Jahrgang 16. Februar 2022

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Sabine Fiedler

Lektorat

Boryana Ilieva; Virginia Sondergeld; Clara Schäper

Redaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik;
Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter